

Artikel 13

23.03.2019, 14:10 Uhr

## Europaweiter Protest gegen neues Urheberrecht

Befürworter wollen die Rechte von Kreativen gestärkt sehen, Kritiker sprechen vom „Ende des Internets“. Gegner der Reform machen am Samstag mobil.



Teilnehmer demonstrieren unter anderem in Göttingen unter dem Motto "Rette Dein Internet" gegen Upload-Filter anlässlich der... Foto: SWEN PFÖRTNER/DPA

Aus Protest gegen die geplante **Reform des Urheberrechts** sind in Deutschland und anderen europäischen Ländern zahlreiche Menschen auf die Straße gegangen. Drei Tage vor der Abstimmung im Europaparlament verlangen sie vor allem die **Streichung des Artikels 13**. Danach sollen Plattformen wie YouTube künftig stärker in die Pflicht genommen werden. Sie sollen in Zukunft bereits beim Hochladen überprüfen, ob Inhalte urheberrechtlich geschütztes Material enthalten. Kritiker befürchten, dass dies nur über automatisierte Filter möglich ist, was einer Zensur gleichen könnte.

In Deutschland starteten die Demonstranten am Samstagmorgen in Potsdam, Hannover, Rostock, Berlin und anderen Städten. In Berlin waren zum Beginn der Demonstration Tausende Menschen auf der Straße. Angemeldet waren laut Polizei rund 2000 Menschen, ein Vertreter des Bündnisses „Save the Internet“, das den Protest mitorganisiert, rechnete mit bis zu 6000 Teilnehmern.

In Potsdam zogen etwa 200 Menschen durch die Innenstadt. Auf Transparenten hieß es unter anderem: „Wir sind keine Bots“ (automatisierte Computerprogramme). Weitere Protestaktionen waren unter anderem in Berlin, Köln, Hamburg und München geplant.

Unterstützung bekamen die Demonstranten von SPD, Grünen, Linken und FDP. Die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl, Katarina Barley, rief die Union bei einem Parteikonvent in Berlin dazu auf, die Regelung im Europaparlament zu verhindern: „Wir halten Uploadfilter für den falschen Weg.“

### Tagesspiegel Background Digitalisierung & KI



Digitalpolitik, Regulierung, Künstliche Intelligenz: Das Briefing zu Digitalisierung & KI. Für Entscheider & Experten aus Wirtschaft, Politik, Verbänden, Wissenschaft und NGO.

Jetzt kostenlos testen!

Deutschland hatte der Reform auf europäischer Ebene mit Einverständnis von Justizministerin Barley zugestimmt. SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil sagte zuletzt: „Frau Barley hat ihre Position immer deutlich gemacht, aber natürlich ist klar, dass man in einer Kabinettsdisziplin ist, dass auch die Bundeskanzlerin Druck gemacht hat, dass Artikel 13 kommt.“

Die Grünen halten neue Verhandlungen für einen möglichen Ausweg. Urheber müssten an der Wertschöpfung ihrer Werke in der digitalen Welt angemessen beteiligt werden, aber dabei dürften keine Hürden für freien Meinungs-austausch und

Informationsfluss entstehen, sagte Fraktionschef Anton Hofreiter der Deutschen Presse-Agentur. „So lange diese Ziele nicht miteinander vereinbart werden, ist diese Richtlinie ein echter Rückschritt und sollte abgelehnt und zur Not neu verhandelt werden.“

Der FDP-Politiker Jimmy Schulz warnte: „Uploadfilter wären der Grundstein für eine europaweite Zensurinfrastruktur und würden die Meinungsfreiheit einschränken.“ Linken-Chef Bernd Riexinger twitterte: „Die geplanten Uploadfilter nützen nur den Großkonzernen. Ohne massiven Druck vieler Menschen wird diese Bundesregierung an ihrer Zustimmung gar nichts ändern.“

Am Dienstag soll das Europaparlament über die Copyright-Reform abstimmen. Sie soll **das veraltete Urheberrecht** in der EU an das Internet-Zeitalter anpassen. Unterhändler des EU-Parlaments und der EU-Staaten hatten sich Mitte Februar auf einen Kompromiss verständigt. Er sieht unter anderem ein Leistungsschutzrecht für Presseverlage sowie - in Artikel 13, der in der aktuellen Version des Gesetzestextes nun der Artikel 17 ist - deutlich mehr Pflichten zum Urheberrechtsschutz für Plattformen wie YouTube vor.

---

### Aus der Community

„Erzwungene und automatisierte Zensur (dazu führen die Uploadfilter) durch Plattformen wie Youtube ist keine Lösung, sondern ein Problem. Der deutsche Deal mit Frankreich, Leistungsschutzrecht gegen Uploadfilter, hilft vor allem den großen Verlagen wie Springer.“

...schreibt NutzerIn *cervo*

Kritiker fürchten, dass Plattformen wie YouTube den Vorgaben nur nachkommen können, wenn sie Uploadfilter einsetzen, mit denen sie beim Hochladen prüfen können, ob Bilder, Videos oder Musik urheberrechtlich geschützt sind. Dies führe zu Zensur, weil die Filter auch legale Inhalte wie Zitate, Parodien oder Satire blockten.

Rund 260 Verlage, Zeitungen, Nachrichtenagenturen, Rundfunk-Anbieter, Produktionsfirmen und Medienschaffende, darunter auch die Deutsche Presse-Agentur, hatten dagegen zur Unterstützung der Reform des Urheberrechts aufgerufen. Sie forderten „eine faire Beteiligung am Geschäft mit den Inhalten, um damit ein reichhaltiges und vielfältiges Internet zu sichern, in dem Information und Kultur ihren festen Platz haben“.

EU-Kommissionsvize Frans Timmermans verteidigte das Vorhaben. Es sei nicht gerecht, wenn nur Konzerne wie etwa Google mit geistigem Eigentum Gewinne machten, sagte er den Funke-Zeitungen. „Daher versuchen wir, das über europäische Gesetzgebung zu regeln. Wir müssen Künstlerinnen und Künstler schützen.“

Der Europapolitiker Axel Voss (CDU) sagte der „Rheinischen Post“ (Samstag): „Wir wollen mit der EU-Urheberrechtsnovelle nichts anderes erreichen, als die Urheberrechte auch auf Internet-Plattformen besser zu schützen und durchzusetzen.“ Sie sollten haftbar sein. Wie die Unternehmen die Vorgabe technisch umsetzten, sei letztlich ihre Aufgabe. „Hier geht es um knallharte wirtschaftliche Interessen der großen Plattformen, die dem einzelnen Bürger vermitteln, die Freiheit des Internets sei in Gefahr. Das stimmt jedoch nicht. Dem einzelnen wird nichts genommen.“ Voss hatte den vorliegenden Reform-Kompromiss für das Parlament federführend mit den EU-Staaten ausgehandelt. (*dpa*)

Mehr zum Thema



Artikel 13 und Urheberrechtsreform

### Der Kampf ums Internet offenbart einen Generationenkonflikt

Von Sidney Gennies

---

**Der Tagesspiegel kooperiert mit dem Umfrageinstitut Civey. Wenn Sie sich registrieren, tragen Sie zu besseren Ergebnissen bei. [Mehr Informationen hier.](#)**

Sollte es in der EU ein einheitliches Urheberrecht geben?



Ja, auf jeden Fall

Eher ja

Unentschieden

Eher nein

Nein, auf keinen Fall

Nächste Umfrage

TAGESSPIEGEL & CIVEY

THEMA

Die EU

[Mehr lesen? Jetzt E-Paper gratis testen!](#)